Artikelkopie aus dem Pressearchiv des
Deutsch-Französischen Instituts

Titel:	Ergebnis von Stuttgart : Eine Bürgermeisterunion
Quelle:	Ludwigsburger Kreiszeitung, Nr. 127, S. 2
Datum:	05.06.1950
Seitenumfang:	1
Signaturen:	WD 210-Gesamtdarstellungen der deutsch-französischen Beziehungen seit 1945/1963, WE 441-Städtepartnerschaft Ludwigsburg - Montbéliard

Bitte beachten Sie: Diese Kopie ist nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt.

Deutsch-Französisches Institut
Frankreich-Bibliothek
Asperger Straße 30
D - 71634 Ludwigsburg
Telefon: +49 (0) 7141 93 03 34
Telefax: +49 (0) 7141 93 03 55
E-Mail: frankreich-bibliothek@dfi.de
Internet: http://www.dfi.de/

Ergebnis von Stuttgart: Eine Bürgermeisterunion

Francois-Poncet kündigt Visa-Erleichterungen für Verständigungsbesuche an

Stuttgart. — Der Kongreß deutscher und französischer Bürgermeister in Stuttgart hat am Samstag beschlossen, eine „Internationale Union von Bürgermeistern zur deutsch-französischen Verständigung" zu gründen. Die Vertretung und Geschäftsführung der Union übernimmt ein Arbeitsausschuß, dem zwei Deutsche, zwei Franzosen und zwei Schweizer angehören. Der Arbeitsausschuß bildet unverzüglich Fachkommissionen für verschiedene Arbeitsgebiete.

In einer Entschließung werden die Bürgermeister Deutschlands, Frankreichs und anderer Länder eingeladen, dieser Union entweder als persönliche Mitglieder oder im Namen Ihrer Städte beizutreten. Die deutschen Bürgermeister haben für diesen Sommer eine Anzahl junger Menschen aus Frankreich zu einem mehrwöchigen Aufenthalt in ihre Städte eingeladen. Ferner wurden von deutschen Bürgermeistern französische Gemeindebeamte oder Gemeindevertreter zu einem Studienaufenthalt nach Deutschland eingeladen.

Die Abschlußresolution des Treffens enthält folgende praktische Vorschläge, deren Verwirklichung dem gegenseitigen Verständnis dienen soll: Bei Besuchen von Franzosen und von Deutschen im Nachbarland soll die Aufnahme in der Familie dem Aufenthalt im Gasthof vorgezogen werden. Besuche jugendlicher Menschen sollen besonders gefördert werden. Zu dem Austausch von Lehrlingen und Arbeitern soll auch ein Austausch von Technikern und von Schülern gleichartiger Berufsschulen treten. Der Austausch von Kultur- und Dokumentarfilmen sowie von Rundfunksendungen soll besonders gepflegt werden. In die Haushaltspläne der Gemeinden sollen angemessene Beträge für die praktische kommunale französisch-deutsche Verständigungsarbeit eingesetzt werden. Alle diese Maßnahmen dürfen nach den Stuttgarter Beschlüssen nicht nur eine kleine ausgewählte Schicht erfassen, sie sollen tief in die große Masse der Bevölkerung beider Länder eindringen und dadurch eine immer bessere Verständigung ermöglichen.

In einer anderen Entschließung erneuerten die französischen und deutschen Bürgermeister nachdrücklich den Ruf, so schnell wie möglich die Paß-, Devisen- und sonstigen Grenzschwierigkeiten zu beseitigen.

Der französische Hohe Kommissar Francois-Poncet beglückwünschte auf der Abschluß-Sitzung der Bürgermeisterkonferenz die Teilnehmer zu ihrer Arbeit. Die Bestrebungen der Bürgermeister verglich er mit der Arbeit an einem Gobelin. Da jeder Arbeiter in einem Jahr nur einen qm herstellen könne, müsse an allen Ecken und Enden des Teppichs gearbeitet werden. So arbeiteten nun auch die Bürgermeister an ihrer Ecke, damit ein Gewebe entsteht, an dem sich jedes Auge ergötzen könne und damit man morgen in einer friedlicheren und sicheren Welt leben dürfe. Francois-Poncet sagte im übrigen noch, daß die Visa-Vorschriften für die Einreise deutscher Bürgermeister nach Frankreich gelockert werden sollen. Er werde jedem deutschen Bürgermeister, der im Interesse der deutsch-französischen Verständigung nach Frankreich reise, das Visum erteilen. Auch den Behörden in Frankreich werde er für Ausreiseanträge französischer Bürgermeister nach Deutschland eine ähnliche Regelung empfehlen.

In fünf Minuten unterrichtet

Auf Forderung der SPD und des Zentrums tritt der Bundestag bereits morgen zu einer Sitzung über den Beitritt zum Europarat zusammen. Da die Regierungsparteien mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Bundeskanzlers die Debatte erst in der übernächsten Woche wünschen, wird die morgige Sitzung voraussichtlich nur kurz sein und als einziges Ergebnis eine Vertagung bringen.

Der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetzonen-Republik, Walter Ulbrich, ist am Sonntag in Begleitung des Ministers für Handel und Materialversorgung, Georg Handtke, und der Staatssekretäre Ackermann und Leuschner nach Warschau gereist. Sie werden über eine verstärkte wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Polen und der Sowjetzonen-Republik verhandeln.

Die Sowjetunion ist verpflichtet, die Listen der in der Kriegsgefangenschaft verstorbenen Deutschen zu veröffentlichen. Ein maßgebender Beamter des amerikanischen Hohen Kommissariats wies jetzt darauf hin, daß die Sowjetunion die Genfer Konvention unterzeichnet hat, nach der sie Kriegsgefangenenlisten veröffentlichen und verstorbenen Gefangenen ein humanes Grab geben müsse.

Professor Carlo Schmid (SPD) bezeichnete die Bundesrepublik Deutschland als ein „Protektorat